

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage „Neue Welt“) Friedr. Bahle, Magdeburg. Verlag von Bernh. Scharbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127, Redaktion: Breiteweg 127 (Eingang Schrotbohrerstraße). Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt L.

Bräunmerke zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich inkl. Frachtlohn 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1,70 Mk., 2 Exempl. 2,90 Mk. In der Ausgabe außer Landes 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2,50 Mk. inkl. Postgebühren. Einzelne Nummern (einschl. der Montagsercheinenden Romanbeilage) 5 Pf., mit „Neue Welt“ 10 Pf. Interaktionengebühr 15 Pf. Zeitungsbüro Nr. 7242

Nr. 238.

Magdeburg, Dienstag, den 12. Oktober 1897.

8. Jahrgang.

Heute liegt Bogen 18 vom Roman 'In Reich' und Glied bei.

Die Sozialdemokraten

Das Reichstagswahlkreises Magdeburg versammeln sich **Donnerstag abend** im Luisenpark. Die Tagesordnung giebt der Vertrauensmann morgen bekannt. Es ist erwünscht, daß an diesem Tage keinerlei Versammlungen tagen, die Genossen und Genossinnen aller Stadtteile sich recht zahlreich und pünktlich einfinden mögen.

Der Parteitag der Sozialdemokraten Deutschlands.

Hamburg, den 9. Oktober 1897.

Heute fällt die Entscheidung über die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Die Abstimmung ist eine namentliche. Zunächst wird die grundlegende Frage entschieden, ob der Kölner Beschluß aufgehoben oder beibehalten werden soll. Der Abstimmung wird mit größtem Interesse entgegengeesehen. Für Aufhebung des Kölner Beschlusses stimmen **160**, dagegen **50** Delegierte. Die Abstimmung wird mit großem Beifall aufgenommen. Somit hat die Partei mit Bezug auf die preussischen Landtagswahlen ihre Taktik geändert — möge dieser Beschluß zur Stärkung des demokratischen Sozialismus beitragen. Namentlich wird festgestellt, ob die Entscheidung über die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen nur den preussischen Delegierten oder der Gesamtpartei überlassen bleiben soll. Ein hierauf Bezug nehmender Antrag wurde auch von Magdeburg gestellt. 63 Delegierte erklärten sich für gesonderte Abstimmung, 147 waren dagegen. Die Magdeburger Delegierten befanden sich unter den letzteren. Die Erörterung dieser Frage hatte dargelegt, daß es ein sehr gewagter Schritt ist, den centralistischen Charakter der Partei zu durchbrechen. Es folgt die Abstimmung über die Resolution Bebel. Die Abstimmung geschieht Punkt für Punkt unter Beachtung der hierzu eingebrachten Anträge. Lebhaft Zustimmung fand ein **Antrag, der jeden Kompromiß mit gegnerischen Parteien verwarf.** Die Punkte 3 und 4 der bereits mitgeteilten Resolution Bebel sind demnach hinfällig geworden. Ueber die nunmehr so abgeänderte Tagesordnung wird gleichfalls namentlich abgestimmt. Für die Resolution stimmten 145, dagegen 64 Delegierte. Namentlich erfolgt Debatte und Abstimmung über die Anträge. Im ausführlicheren Bericht sind diese näher angegeben. Auf Vorschlag der Parteileitung wird die durch die lex Recke vorgenommene Trennung der Parteileitung wieder aufgehoben und der Sitz der Gesamtpartei zurückverlegt. Der Parteitag findet im nächsten Jahre in Stuttgart statt. Die Parteileitung wird einstimmig wiedergewählt; nur werden Änderungen in Bezug auf die Kontrollen vorgenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Singer faßt den Gang der Verhandlungen knapp zusammen, erstattet den Hamburgern namens der Partei den Dank für ihre Gastfreundschaft und schloß den Parteitag mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Die Delegierten singen die Marzeillaise. Damit ist der Parteitag geschlossen. —

Letzter Verhandlungstag.

Hamburg, den 9. Oktober 1897.

Singer eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr und schreitet zur Abstimmung über die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Er schlägt folgenden Modus dabei vor: Zunächst handelt es sich um die Erledigung dreier großer Gesichtspunkte, die sich zu den drei Fragen verdichten:
1. ob die Aufhebung oder Beibehaltung des Kölner Beschlusses erfolgen soll;
2. ob die Delegierten der Gesamtpartei oder der preussischen Partei über die Frage der Beteiligung an den preussischen Wahlen zu entscheiden haben;
3. in welcher Art event. eine Beteiligung statzfinden hat.
Wird über die erste Frage mit Nein entschieden, so sind alle übrigen Fragen erledigt. Erfolgt die Entscheidung mit Ja, so wird über die zweite Frage ebenfalls namentlich abgestimmt. Entscheidet der Parteitag, daß die Entscheidung bei den preussischen Delegierten liegt, so hat sich der Parteitag mit der dritten Frage nicht mehr zu befassen. Entscheidet er im entgegengesetzten Sinne, so wird zunächst über die einzelnen Sätze der Resolution Bebel und dann über sie in ihrer Gesamtheit, letzteres wieder in namentlicher Abstimmung, entschieden.
Ein Vorschlag Jahn's, Berlin, daß sich die Mitglieder der Reichstagsfraktion der Abstimmung enthalten sollen, wird abgelehnt.
Der Kölner Beschluß wird nunmehr in namentlicher Abstimmung mit 160 gegen 50 Stimmen aufgehoben.
Mit 147 gegen 63 Stimmen wird die Entscheidung über die Beteiligung der Gesamtpartei vorbehalten.
Es folgt nunmehr die Abstimmung über die Resolution Bebel. Zunächst wird über die einzelnen Sätze derselben und die Amendements in dieser nicht namentlich abgestimmt. In dem ersten Satz der Resolution Bebel: Die Beteiligung an den nächsten preussischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche der Gesamtpartei ermöglichen — liegt das Amendement ein: „Partei, wenn möglich, einzeln teilnehmen lassen.“ Dieses wird abgelehnt.
In dem zweiten Satz der Resolution Bebel: Inwiefern eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden

die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse — liegt ein Amendement Mittag und ein daselbe bezweckendes von Beder vor, welches lautet: Kompromisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden. — Dieses Amendement wird angenommen. Damit ist beschlossen, daß alle übrigen Punkte der Resolution Bebel erledigt sind.
Mollenbuhr erklärt: Ich habe allerdings für den ersten Satz des Antrags Mittag gestimmt, aber damit sind die Punkte 3—5 nicht erledigt. Ich halte es nicht für ein Kompromiß, daß man gemeinsam mit anderen die Junter niederstimmt. (Lebhafte Zustimmung.)
Singer: Für diesen Fall würde die Taktik zu beobachten sein, die für die Partei für die Reichstagswahlen festgelegt wird, d. h. wo sozialdemokratische Wahlmänner gewählt sind, wählen sie von zwei Uebeln das kleinere. (Sehr richtig.)
Bebel: Ich bin derselben Ansicht wie Mollenbuhr, daß also die Parteigenossen beabsichtigen, daß es ausgeschlossen ist, daß die Parteigenossen von vornherein für liberale Wahlmänner stimmen, wo sie keine eigenen aufstellen können. (Lebhafte Beifall.)
Die Resolution Bebel hat nunmehr folgenden Wortlaut:
1. Die Beteiligung an den nächsten preussischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche der Parteigenossen ermöglichen.
2. Inwiefern eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse.
Kompromisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden.
Diese Resolution wird in namentlicher Abstimmung angenommen. Bei einer Wahlhaltung stimmen von 209 Delegierten 145 mit Ja und 64 mit Nein.
Es folgt die Beratung des Punktes der Tagesordnung „Organisation“ (Referent Auer).
Der Antrag Braunschweig: Der Parteitag wählt den Chefredakteur des Centralorgans, setzt die Höhe seines Gehaltes fest und erteilt diesem das ausschließliche Recht, die anderen Mitglieder der Redaktion, sowie die Mitarbeiter anzustellen und die Höhe ihres Honorars zu bestimmen. Kein Mitglied der Parteileitung darf Mitglied der Redaktion des Centralorgans sein, findet nicht genügende Unterstützung.
Dagegen wird der Antrag: „Sämtliche Wahlkreise liefern mindestens 10 Prozent der Einnahme an die Centralstelle ab,“ genügend unterstützt.
Der Referent Auer beantwortet den Antrag, die Parteileitung, die provisorisch in Hamburg war, in Berlin nach Berlin zu verlegen. Der von Herr von Köler eingeleitete Prozeß wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz habe das Provisorium nötig gemacht. Nachdem der Kölner Schlag ins Wasser gefallen sei, empfehle sich die Herbeiführung des alten Zustandes. Berlin sei die politische Centralität, die Parteileitung gehöre dorthin. Die Polizei werde die Parteiorganisation hinfällig in Ruhe lassen und sich nicht zum zweiten Mal blamieren. Den Antrag auf Abfertigung der 10 Prozent empfehle er, wenn er auch wisse, daß der Antrag nicht immer im Wortlaut ausgeführt werden wird. Aber der Sinn des Antrags, die Centralstelle mehr wie bisher zu unterstützen, hatte er für sehr lobenswert.
In der Diskussion schließt sich Jahn Berlin den Ausführungen Auer's an. Besonders den Antrag betr. die zehn Prozent befürwortet er. Der Provinzler mag zwar keinen Berliner leiden, doch seine Gelder nimmt er gern. Er hoffe, daß die Provinzler auch Gelder an die Centralstelle abführen werden und das nicht allein den Berlinern überlassen werden.
Singer weist den Ausdruck „Provinzler“ zurück. (Große Heiterkeit.)
Frau Ziehs-Hamburg empfiehlt zahlreiche Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen im Interesse der Frauenagitation. Die Diskussion wird geschlossen.
Der Antrag Auer (Verlegung der Parteileitung nach Berlin) wird ebenso wie der Antrag auf Abfertigung von mindestens zehn Prozent angenommen.
Als Abhaltungsort für den nächstjährigen Parteitag wird Stuttgart gewählt.
Mehrere Anträge, die sich auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages beziehen, werden auf Vorschlag Auer's der neuen Parteileitung zur Erwägung überwiesen. Ein Antrag der Bremer Genossen, das Höchstgehalt der Parteiangestellten ist auf 3000 Mark zu normieren, findet nicht genügende Unterstützung. (Beifall.)
Eine längere Debatte wird durch den Antrag des 5. sächsischen Reichstagswahlkreises hervorgerufen, der Parteitag möge dahin wirken, daß Polemiken zwischen Parteiblättern, welche einen persönlichen und beleidigenden Charakter tragen, in Zukunft unmöglich gemacht werden.
Singer man n. Dresden hütet um Annahme des Antrages. Kleine Streitigkeiten werden zu Elefanten aufgebauht.
Bebel meint, der Parteitag würde sich durch Annahme des Antrags in dieser Form bis zu einem gewissen Grade blamieren. Andererseits sei ein Ton in die Polemiken mancher Parteiblätter eingedrungen, der so gefährlich sei, daß Remedur wirklich zu wünschen wäre. Bebel wollte nicht angestrebt werden, da die Personen, welche er im Auge hatte, auf dem Parteitage nicht anwesend seien.
Der Antrag Sachse wird darauf abgelehnt.
Damit ist die Tagesordnung bis auf den letzten Punkt, Wahl der Parteileitung erschöpft. Es tritt eine Pause ein.
Nach der Pause wird die Wahl der Parteileitung vorgenommen.
Gewählt werden als Vorsitzende Bebel und Singer, als Kassierer Gerich, als Sekretäre Vannich und Auer. In Kontrollen werden gewählt: Reijer-Hannover, Raben-Dresden, Vertel-Rheinberg, Jettin-Suttgart, Könen-Hamburg, Düber-Hamburg, Reijer-Berlin.
Damit sind die Geschäfte des Parteitages erledigt.

Singer hält die Schlußrede. Er dankt den Hamburger Genossen für die gastliche Aufnahme der Delegierten, besonders für die Gastfreundschaft, die sich zu einem Triumphzug der Sozialdemokratie gestaltet habe. Jedem Delegierten werde diese Stunde im Herzen unvergessen bleiben, sie werden stets an die großartigen Solidaritätsbeweise der Hamburger Genossen denken. Wir haben eine arbeitstunche Sache hinter uns. Auch dieser Kongreß hat bewiesen, daß wenn auch Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, diese nicht dazu führen können, die Einheit der Ueberzeugung nur um ein Jahr zu zerbrechen. Die Debatte ist mit dem kritischen Geist, der die Stärke unserer Partei ist, geführt worden, aber auch in der letzten Stunde der Parteitag nicht in allen Punkten recht giebt, aber in der Hauptsache Schlichter an Schlichter zum Vande steht. Von einer Zerwürflichkeit der Partei, die die Gegner erhofft haben, ist keine Rede. Der Ausgang der Debatte hat gezeigt, daß es weder Besiegte noch Sieger giebt. Wir haben in dem Hauptgegenstand der Tagesordnung

uns ein neues Agitationsfeld eröffnet, aber die deutsche Klassenbewußte Arbeiterklasse hat es ausgesprochen, daß sie auf eigene Kraft gestützt, jeden Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien verschmäh. Wir haben neue Ziele gesteckt der Thätigkeit unserer Partei und wenn die Gegner den Augenblick für gekommen erachten, die Sozialdemokratie zu vernichten, so stehen wir in stolzer Ruhe da, wohl wissend, daß die Sozialdemokratie sowohl das Königtum von Gottes Gnaden wie die bürgerlichen Republiken der heutigen Gesellschaft überdauern wird. Für das nächste Jahr steht uns eine besonders harte Arbeit bevor: die Reichstagswahlen. Sie werden den Beweis liefern, wie tief durch die bestehenden Verhältnisse der sozialistische Gedanke immer weiter in die Massen dringt. Es ist kein Zweifel, wir werden stolz am Wahlabend darauf hinweisen, daß der sozialdemokratischen Armee wieder so und so viele neue Regimenter angegliedert worden sind. Wir gehen an diese Arbeit in dem Bewußtsein, gesellschaftliche Zustände zu schaffen, in denen nicht wie heute regis voluntas suprema lex, sondern der Wille des Volkes das höchste Gesetz ist. Vorwärts denn, die Banner hoch, vorwärts zu neuen Kämpfen zu neuen Siegen und das besiegeln wir mit dem Rufe der uns hierhergeführt hat und der uns weiterführen wird: die deutsche Sozialdemokratie sie lebe hoch, hoch, hoch!

Die Delegierten stimmen begeistert in das Hoch ein und singen stehend die erste Strophe der Arbeitermarzeillaise.
Singer erklärt darauf den Parteitag für geschlossen.
Schluß 3/4 Uhr.

Ein Rückblick.

* Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist vorüber. Mit dem Resultat desselben dürften die Parteigenossen allerorts zufrieden sein. Hatte der Parteitag in Hamburg vorteilhaft sich bereits dadurch von seinen Vorgängern ausgezeichnet, daß Anträge kleinlicher Art vermieden, die Parteigenossen der einzelnen Orte sich der größten Zurückhaltung beileigigt hatten, so stand dieser Kongreß in Bezug auf Arrangement und Verlauf obenan.
Wie immer auch die Diskussion über bestimmte Fragen sich gestaltete, ernst und würdevoll ist sie im allgemeinen geführt worden auf der ganzen Linie. Wir pflichten dem Genossen Singer vollkommen bei in der Meinung, daß dieser Parteitag weder Sieger noch Besiegte kannte.
Vorerst sei festgestellt, daß das Verhältnis der Gesamtpartei zur Parteileitung ein ganz vorzügliches ist. Die wenigen Klagen, die hier und da vorgebracht wurden, fallen nicht ins Gewicht gegenüber der Thatsache, daß die Parteileitung nahezu einstimmig wiedergewählt worden ist. Dasselbe Vertrauen ist auch der parlamentarischen Vertretung entgegengebracht worden. Dies ist um so mehr hervorzuheben, als einmal unsere Gegner behaupten, die Fraktion habe die Führung mit der breiten Masse verloren und andererseits feststeht, daß die Parteigenossen über die Maßnahmen der Fraktion und deren einzelne Mitglieder streng wachen — die Debatte über die Thätigkeit der parlamentarischen Vertretung, insbesondere die Debatte über die unglücklich gewählte Neujerung Schippels ist hierfür der beste Beleg.
Am erfreulichsten war aber sicher die freie, uneingeschränkte Aussprache, die vor nichts Halt machte und ohne Rücksicht auf Freund und Feind geführt wurde. Man merkte den Sozialdemokraten an: sie sind sicher, daß die Partei so fest gestügt ist, daß die Aufhebung dieser oder jener Uebel, mögen sie bestehen oder auch nur vermutet werden, den Intentionen der Gesamtpartei nicht im mindesten hinderlich ist. Der Glaube an unser Programm, an unsere Macht und unseren endlichen Sieg ist bei allen Delegierten so fest verwurzelt, daß keine Macht der Erde imstande ist, den Sozialdemokraten diesen Glauben zu rauben.
Von diesem Gesichtswinkel aus ist auch die Debatte über die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen zu betrachten — der wichtigste auf diesem Parteitage. Wie ängstlich waren die Delegierten bemüht, die Partei vor Schaden zu hüten und andererseits ihr Wohl zu erstreben. Und wenn auch zwei Drittel der Delegierten sich für eine veränderte Taktik bei den Landtagswahlen entschieden und hierdurch der Anschein erweckt wurde, es gab hier Sieger, hüben Besiegte, so wurde doch aber bald darauf festgestellt, daß die Partei ihren Klassencharakter nicht aufgeben wollte; demzufolge jeden Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien ablehnte. Die „Sieger“ waren wieder getreue Bundesgenossen der „Besiegten“ — es gab weder Sieger noch Besiegte!
Daß der Parteitag es ablehnte, diese Frage nur von preussischen Delegierten entscheiden zu lassen, entsprach völlig der bisherigen Tradition der Partei: den centralistischen Charakter derselben in keiner Weise zu verletzen. (Wir haben in dieser Beziehung unsere frühere Meinung korrigieren müssen.)
In Bezug auf den Achtstundentag und die Agitation für denselben hat der Parteitag, nachdem er alle hierauf bezugnehmenden Anträge abgelehnt hat, die Beschlüsse der vorausgegangenen Parteitage zu den jeinigen gemacht — und zwar einstimmig. Man will die Agitation für den Achtstundentag nicht abgeschwächt wissen, und der Antrag Hamburg: Die Arbeitsruhe am 1. Mai aufzuheben, wäre sicherlich einstimmig abgelehnt worden, wenn der Antrag nicht vor der Abstimmung zurückgezogen worden wäre.
Hatte in den wichtigsten Fragen die größte Einmütigkeit sich herausgestellt, so war dieselbe auch zu konstatieren

an den Kläger 16 Mark zu zahlen, mit der Mehr-
ung wird letzterer abgewiesen. Kläger hätte an dem
dort bleiben müssen, ganz gleich, ob etwas zu thun
oder nicht.

Verchiedenes.

Der **Schutzmann** H. K. Schmidt in Mainz hat bei
Verhaftung eines Taschendiebes auf dem Dampfer
"ne" und bei der Durchsuchung auf der Polizeiwache
ainz diesen Taschendieb bestohlen. Zwei Gold-
stücke hatte er sich angeeignet und wurde deshalb von der
Kammer Mainz zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Militärische Nachrichten.

Die Arbeiter Otto B. und Hermann Sch., beide in
Magdeburg, gingen in der Nacht zum 27. August 1897
ihren Frauen nach Hause. In der Nähe des Stadt-
platzes kam ihnen ein **Unteroffizier nach und fixierte**
Frau B. Der Ehemann sagte: "Na, hast Du sie
noch nicht genug angeguckt?" Daraufhin soll der
Offizier nach dem Seitengewehr gefaßt und B. eine Be-
schuldigung gemacht haben. Jetzt hat angeblich der Unter-
offizier die Waffe gezogen und B. durch das Ge-
wehrgewehr gehauen, so daß ihm die Zähne wackelten
er stark blutete, auch längere Zeit krank war.
Nach dem Schlage lief der Unteroffizier fort, die Ange-
klagten hinterher und prügelten mit ihren Stöcken auf den
Soldaten los, der mit der blanken Waffe um sich hieb,
schließlich aber flüchtete und sich in der Sturmschen Resta-
uration versteckte. B. und Sch. hatten inzwischen einen
Schutzmann getroffen, suchten und fanden mit ihm den
Unteroffizier, der festgenommen werden sollte. Er bat, der
Schutzmann möche ihn doch laufen lassen, mußte sich aber
die Feststellung seiner Personalien gefallen lassen. Hinterher
erhielten B. und Sch. eine Anklage wegen ge-
fährlicher Körperverletzung! In Anbetracht
der Umstände kamen beide mit einer Geldstrafe von je
10 Mark davon. Und was geschieht dem Unteroffizier?

Nachrichten aus Magdeburg.

Eine Anzahl Gewerkschaftler, bei denen kürzlich gehäusucht
worden ist, haben heute **kommissarische Vernehmungen** gehabt.
Es handelt sich um das schwedische Strafverfahren wider Bernheim
und Genossen wegen "Scheimbündelei". Soweit wir gehört, haben die
Genossen keinerlei Aussagen gemacht.

Die Leiter einer Schneiderversammlung sollen wahrscheinlich
groben Unfug begangen haben, indem sie gemäß der Versammlungs-
statut einen Antrag zur Abstimmung bringen ließen, laut dessen die
Schneider sich verpflichteten, bei Schröder = Sudenburg keine Arbeit
anzunehmen. Jetzt finden dieserhalb kommissarische Vernehmungen statt.

Daß die **Volkstimme** gehaßt wird vom Unternehmertum ist
selbstverständlich. Und daß sie von demselben verfolgt wird, ist be-
greiflich, wenn auch unnützlich. Ein Beitrag zu jener Verfolgungsjagd
wird uns aus Salbit gemeldet. Dasselbst hat sich ein Fabrikant er-
laubt, einem Arbeiter das Leben der Volkstimme direkt zu verzeihen.
Nicht genug also, daß der Unternehmer als "Brotgeber" über das
leibliche Wohl des Arbeiters verfügt, will er auch noch in Geistes-
sachen den Arbeiter lenken. Letzterer hatte jedoch Charakter. Er trat gegen
das die Arbeiterfreiheit charakterisierende Verbot auf und reichte seine
Kündigung ein. Für den Unternehmer ist es einfach schlimm, daß die
Volkstimme kein Fabrikantenorgan ist, das wie die Magdeburgische
Zeitung die Arbeiterbewegung begeistert.

Ein **Prospekt** über das Werk Louis Heritier, "Geschichte der
französischen Revolution von 1848 und der zweiten Republik", liegt
der heutigen Nummer bei.

Bei den Droschkenhaltstellern vor dem nördlichen Teile des
Eisenbahn-Einweggebäudes hat Sonnabend nachmittags irgend ein
dummer Bursche eine **mit Explosionsstoffen gefüllte Röhre** zur
Entladung gebracht. Der laute Knall verursachte eine begriffliche Aus-
regung. Wer diesen Streich beging, ist unbekannt; sicher ist, daß es
sich nur um einen dummen Jungenstreich handelt. — Der Central-
anzeiger berichtet auch über diese Explosion und hat die Strafe, best
zu schreiben: "Aller Wahrscheinlichkeit ist die Explosion, die leider böse
Folgen hätte nach sich ziehen können, durch einen oder mehrere der
in jener Gegend sich oftmals aufhaltenden "Augenblicksarbeiter"
verursacht worden." Daß solche dummen Streiche am liebsten von
den übermächtigen "goldenen Jugend" ausgeht, werden, will der Central-
anzeiger nicht wissen? Arbeiter zu Unrecht zu beschuldigen fällt jenem
Blatte sehr leicht.

Das **Sammeln zu Geschenken für Eisenbahnbeamte**
hat der Eisenbahnminister unterjagt. Weder für Vorgesetzte noch für
Unterbeamte darf gesammelt werden. Jedoch kann die Eisenbahn-
direktion Ausnahmen gestatten.

In der Nacht zum 1. September 1897 ist auf der Berliner
Chaussee der Hevatische Gießhuppen niedergebrannt. Es liegt Verdacht
auf **vorsätzlicher Brandstiftung** vor. Auf die Entdeckung des Thäters
hat der Erste Staatsanwalt eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

Auch der Kunst- und Handelsgärtner L. Devedt hier hat
auf der **Hamburger Gartenbau-Ausstellung** verschiedene Preise
erhalten.

Durch einen **Sturz** auf dem Kahn hat der Schiffer Paul F.
eine Verletzung an der Hüfte erlitten. Er mußte der ärztlichen
Krankenanstalt übergeben werden.

Ein **dem Namen nahezu angegriffen** hat der 14jährige
Franz B. beim Schieben eines Dampfwagens. Der Knabe fand in der
Krankenanstalt Aufnahme.

Über ein **Sittlichkeitsverbrechen** berichtet wir vor nicht
langer Zeit. Dasselbe wurde in einem Hause der Berlinerstraße vom
früheren Postassistenten Fritz Reinecke an einem Schulmädchen verübt.
Jetzt ist Reinecke dieserhalb angegriffen worden. Er erhielt vom Schöff-
gericht unter Anrechnung von 6 Wochen Untersuchungshaft 1 Jahr
6 Monate Gefängnis.

Nachrichten aus der Provinz.

Halberstadt. (Fahrraddiebe.) Im Barbier E. Freinick und
dem Agenten H. Leininger sind Fahrraddiebe erkannt worden. Sie
haben je ein Rad gestohlen und erhielten hohe Strafen. E. erhielt
1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und L. 1 Jahr 3 Monate Gefängnis.

Nordhausen. (Unfall auf der Eisenbahn.) Bei Salza wurde
ein zweifelhafte Wagen des Lokomotiv-Erprobungs-Salza von einer
Rackhine der Harzquerbahn erfaßt und zerrüttet. Die zwei Ja-
schen und die Pferde erlitten keinen Schaden.

Weserhagen. (Verunglückt.) Der Fabrikarbeiter Christian
Stred ist infolge Eintragens giftiger Gase bei Anzündung seines Be-
rufes bei der Firma A. und H. Schmidt gestorben.

Nachrichten aus dem Reich.

Brandenburg. (Entzungen.) Als Leiche wurde Frau Ida
Pebel aus dem Wasser gezogen. So unglücklich oder Selbstmord ver-
steht, ist noch nicht festgestellt.

Saundhausen. (Ein sehr merkwürdiger Vergang.) Vor einigen
Tagen durchfuhre der von Braunschweig kommende Dampfer, welcher
hier 159 Uhr fahrplanmäßig halten soll, unsere Station und ließ die
verblühten harrenden Passagiere zurück. Derselben wurden dann mit
einem andern von hier abgehenden Zuge weiterbefördert. Bis jetzt
das Saundhäuser Kreisblatt erzählt, hat das Fahrpersonal
nicht gewußt, daß der Zug in Saundhausen halten sollte, weil der für dasselbe ausgesendete Fahrplan über-
sehen war.

bemerkte! Das ist ja fast unmöglich zu glauben. Diese Erklärung
muß ja für das Personal als Entschuldigung gelten, nicht aber für
die zuständige Behörde. Die vielen Eisenbahnunfälle sollten doch
gerade jetzt zu größter Sorgfalt bei Ausarbeitung der Betriebs-
bestimmungen veranlassen.

Rößen. (Totgefahren.) Auf ihrem Ader bei Ribehna wurde
die 60 jährige Trappier von ihrem Kutschwagen überfahren. Sie erlitt
eine Anzahl Brüche und eine Lungenzerrückung, an deren Folgen sie
starb.

Gemeindezeitung.

Der Genossin **Ida Altmann**, einer staatlich geprüften
Privatlehrerin, war von der Berliner Schuldeputation jahre-
lang anstandslos der Unterrichts-Erlaubnischein erteilt
worden. Ende 1896 wurde ihr die **Erneuerung des
Scheines verweigert.** Auf ihre Beschwerde wurde ihr
vom königl. Provinzial-Schulkollegium eröffnet, daß sie den
Anforderungen nicht genüge. Ihrem Rechtsanwalt teilte
man auf eine weitere Anfrage mit, es lägen religiöse Be-
denken vor. (Genossin Altmann ist . . . Dissidentin.)
Eine neue Anfrage brachte die Antwort: Frä. Altmann sei
Atheistin (Fu!), habe gegen das behördliche Verbot frei-
religiösen Unterricht erteilt und sei mit zehn Tagen Haft
bestraft (Fu!), sie sei also weder in religiöser, noch in sitti-
licher Beziehung für den Lehrberuf geeignet. Darauf Be-
schwerde beim Minister Dr. Bosse und abschlägige Ant-
wort durch das königl. Provinzial-Schulkollegium. Dann
erneuerte Beschwerde beim Minister und schließlich
endgültiger ablehnender Bescheid wiederum durch das
königliche Provinzial-Schulkollegium! Zu dem Falle
Ida Altmann bemerkt die nationalliberale National-
Zeitung: "Die mitgeteilten Thatsachen müssen in hohem
Grade befremden. Ungehorsam gegen eine Behörde, zumal
in zweifelhaften Rechtsfragen, bedingt keinen sittlichen
Makel." — Da die Angelegenheit im Landtag zur Sprache
kommt, werden wir ja sehen, ob die Nationalliberalen sich
dieses Urteils ihres Parteiblattes erinnern.

Eine **Ueberfüllung von Lehrkräften** ist im
Regierungsbezirk **Magdeburg**, wie noch nie zuvor, vorhanden,
da noch etwa 120 Schulamtskandidaten, die schon seit ein
und zwei Jahren das Seminar verlassen haben, ohne feste
Anstellung sind und nur zeitweise als Vertreter erkrankter
Lehrer beschäftigt werden können. Von den vor vierzehn
Tagen aus Buzlau entlassenen Abiturienten hat nicht einer
eine Anstellung erhalten können. Wenn man bedenkt, daß
die meisten Volksschulklassen mit Schülern überfüllt sind,
dann muß man sich über die "Ueberfüllung" von Lehr-
kräften wundern. In Preußen-Deutschland ist wohl Geld
für Heer und Flotte, nicht aber für Schulneubauten und
Lehrergehälter da.

Am 1. November beginnen wieder die alljährlich
von dem Direktor des städtischen Museums zu Magdeburg
Dr. Th. Volbehr veranstalteten "**Museums-Vorträge**",
die durch Lichtbilder nach Werken der bildenden Kunst aufs
Reichste illustriert werden.

Vermischte Nachrichten.

Einer der größten rheinischen Industriellen, der vor
einiger Zeit gestorben, hat seinen drei Söhnen sein Welt-
geschäft und viele Millionen (man sagt 30) hinterlassen.
In dem Testament befindet sich aber eine merkwürdige
Klausel. Dort heißt es nämlich, daß, wenn einer der Söhne
Reserveoffizier wird, er der Teilhabserschaft am Geschäft
verlustig geht. Der Verstorbene hat schon bei Lebzeiten seiner
Anschauungen Ausdruck gegeben, daß man unmöglich
ein tüchtiger Kaufmann und ein tüchtiger Reserveoffizier zu
gleicher Zeit sein könne, sondern entweder das eine oder das
andere. Natürlich sind die Söhne Kaufleute geworden und
nicht Reserveoffiziere.

Beim **Brunnenbohren** in Isehoe sind **Leuchtgas-**
quellen entdeckt worden. Das Gas entströmt in derart
großen Mengen, daß ein Brunnen circa 40 Flammen speist.
Anscheinend befinden sich hier Erdölquellen.

Erfroren aufgefunden wurden vier Arbeiter, die
aus dem Walde hatten nach Klanc bei Fiume heimkehren
wollen, ein fünfter konnte noch ins Leben zurückgerufen
werden.

In **Chicago** ist man besorgt, daß die in der Umgegend
wütenden **Prairiefeuer** die Stadt ergreifen werden.
Weilenweit ist das Land deshalb ungesiegt worden, um
den Flammen Einhalt zu thun. Cleveland und anderen
westlichen Städten droht ein ähnliches Schicksal. Das Rind-
vieh ist auf den Feldern verbrannt und Häuser sind ein-
geäschert worden.

Ein heftiges **Erdbeben** hat nach einer Depesche aus
Manila auf Mindanae und im Sulu-Archipel Verluste an
Menschenleben und beträchtlichen Sachschaden verursacht.

Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

Der **Verband der Bau-, Erd- usw. Arbeiter**, Filiale
Magdeburg, hielt am 5. d. Mts. eine Versammlung ab. Nach Regu-
lung kleiner Verbandsfachen wurde die Laubheit der Mitglieder im
Versammlungsbuch geübt. Viele müßte aufhören, noch dazu heute,
wo ein Polierverbund sich Mühe gebe, durch schwarze Listen der Ar-
beiterbewegung Schaden zuzufügen. Die dem Polier-Verbande müße
der Krieg erklärt werden. Darum sollten alle Arbeiter zusammenstehen
und rege sich an der Bewegung beteiligen. Dann wurden Wünsche
auf Bau Kothow und Bau Geimer erörtert. Die Mitglieder werden
erlaubt, ihren Wohnortwechsel dem Kassierer, Otto Schulz, 15 Post p.
anzugeben.

Eingegangen bei der Redaktion: Burg. Schulmachersveramml-
ung. — Arbeiterinnenebene in der Postbuchdruckerei von Fräulein

Dienstag, 12. Oktober:
Arbeiter-Gesangverein Alte Kunststadt. Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr,
Übungsstunde bei Seemann.
Männerturnverein Elternklub. Jeden Dienstag und Freitag, abends
8 Uhr, Übungsstunde bei W. Pirichfeld.

Prekominmission. Dienstag abends 8 Uhr.

Unterhaltungsteil.

Der Weihenstrauf.

Nach einer Stelle des Hare von Georg Gärtner.
Es giebt noch mehr Beweise, Eminenz. Belieben Sie
sich selbst zu überzeugen, nicht die gerichtliche Schreiber, sondern ein

späterer Leser hat hier in den Ecken der Seiten Rissen ge-
setzt, um selbst den Weg in die Handschrift zu finden. Sehen
Sie hier, matt aber nicht undeutlicher die Ziffer vier, hier
ein wenig deutlich die Ziffer sechs, auf der folgenden Seite
die Ziffer sieben.

Und war es das fünfte Blatt, das Ihren Beweis
enthielt?"

"Ja, Eminenz."

"Sie haben es selbst darauf gelesen?"

"So deutlich und vollständig, daß ich fast den Text her-
sagen könnte. Das leuchtende Wort, das dem Gedanken
entströmt, ist der Sohn Gottes. Das, was jetzt sieht und
hört, ist das Wort Gottes; der Gedanke ist Gott der Vater:
Und das Wort ist Fleisch geworden."

Diese letzten Worte und das Wort "jetzt" hatte Don
Juan-Maria hinzu erfunden; sie enthielten keinen Beweis.

"Aber diese Handschrift . . . Sie haben Sie vor kurzem
noch vollständig gesehen?"

"Noch kein Jahr ist es her, Eminenz."

"Und sie ist immer hier geblieben?"

"Nein, Eminenz, sie ist ein Jahr ausgeliehen gewesen."

"An wen?"

"An Dr. Esteban Perez?"

"An Dr. Esteban Perez, den Verfasser der Dissertation?
Warum haben Sie das nicht eher gesagt? Sie müssen
ebenso gut wie ich verstehen, werter Professor, wo das
Blatt geblieben ist, das Ihren Beweis enthielt! Dr. Esteban
Perez hat es gestohlen und vernichtet und dann einen
frommen und gelehrten Mann der Fälschung beschuldigt!
Aber es ist unerhört! Sie sehen, werter Professor, mit
welchen Waffen man uns bekämpft! Müßte Ihnen dies
nach einem langen und mühevollen Streben für die Wissen-
schaft geschehen! Seien Sie meiner ganzen Sympathie ver-
sichert, werter Professor . . ."

"Danke, Eminenz; das, was ich am meisten an dieser
Sache betrauer, ist, daß ein kostbares Blatt, kostbar für
den Glauben und die Wissenschaft, verloren gegangen ist."
"Auf schändliche Weise vernichtet worden ist, wollen
Sie sagen."

"Ich selbst, der Bibliothekar der Universität, Eminenz,
trage hieran einige Schuld. Ich habe das Buch an einen
Unwürdigen ausgeliehen, in dem Glauben, dem Interesse
der Wissenschaft dadurch zu dienen."

"Beruhigen Sie sich, werter Professor, Sie haben nur
Ihre Pflicht gethan, und ich empfinde inniges Mitleid für
Sie, daß man zum Lohne dafür einen der kostbaren, Ihrer
Hut anvertrauten Schätze verstümmelt und zugleich Sie so
gemein behandelt hat."

"Gew. Eminenz sind zu gütig."

"Aber noch mehr, Don Juan-Maria! Dieser Doktor
Esteban Perez ist nicht nur ein Dieb an der Wissenschaft,
sondern auch ein Aufrehrer gegen die Kirche, er fällt auch
unter den Bereich des Civil-Strafgesetzbuches. Er hat mit
Willen und Wissen — an der Absicht kann doch hier kein
Zweifel bestehen — eines der Eigentümer des Staates ver-
nicht, ein Verbrechen, das, wenn ich nicht irre, mit Ge-
fängnisstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren, außer-
dem mit einer hohen Geldstrafe belegt werden kann."

"Gew. Eminenz werden ein literarisches Vergehen nicht
auf diese Weise verfolgen lassen wollen."

"Und warum nicht? Bedenken Sie, Eemor Don
Juan-Maria, daß hier viel auf dem Spiele steht. Das
Ansehen, das Ihr Werk genießt, ist groß; dieser Angriff hat
die Aufmerksamkeit der ganzen theologischen Welt erregt, das
bezeugen die Briefe, welche ich aus Rom, aus Madrid und
aus Angers erhalten habe. Das einzige Mittel, auf
glänzende Weise Ihren Namen und das Ansehen der Kirche
zu wahren, ist, daß wir den gottesläugnerischen Doktor der
Litteratur stragerichtlich verurteilen lassen."

"Eminenz, ich bitte Sie, mischen Sie lieber meinen
Namen nicht da hinein."

"Ihren Namen! Soll man denn glauben, Eemor
Don Juan-Maria, daß Sie leichtsinnig das geschrieben
haben, was so lange mit dem Ansehen Ihrer Gelehrsamkeit
belleidet ist? Und wäre das so, daß das Blatt fehlt, es
ist von Dr. Esteban Perez herausgenommen worden; diese
Schandung darf nicht ungestraft bleiben; ich lasse sofort den
Beamten des Ministers der Justiz entbieten und empfehle
ihm an, Ihre Anklage als Bibliothekar gegen den Ver-
stümmler der kostbaren Handschrift zu vernehmen. Lassen
Sie uns dem Himmel danken, daß uns jetzt die Gelegenheit
geboten wird, durch einen weltlichen, greifbaren Beweis, der
von allen, Gläubigen und Ungläubigen, anerkannt wird, die
Ehre der Wissenschaft und der Kirche zu retten!"

Mit diesen Worten entfernte sich der Kardinal-Primat.

V.

Don Juan-Maria blieb in Verzweiflung zurück.
"Das Verbrechen ist eine Kette von tausend Gliedern,
hat einer der Kirchenväter gesagt," so dachte er. "In welcher
einen Abgrund des Glucks hat mich meine falsche Scham
geführt! Hätte ich gestanden, daß ich mich getäuscht und
die "Fleischwerdung" gelesen hatte, so wäre die Sache mit
einem Tadel des Kardinals vielleicht vorüber gewesen. Nun
habe ich die Handschrift verstümmelt, den Kardinal betrogen,
den Doktor einem Prozeß ausgesetzt und vielleicht werde ich
ihn unschuldig verurteilen lassen! Ich, der nichts anderes
wünscht, als mit jedermann in Frieden zu leben, die schöne
Rosario zu heiraten und niemals etwas von dem Doktor
Esteban Perez zu hören!"

Der Hochlehrer vergaß, daß es in jedem Stadium
dieses Weges der Schuld noch immer Zeit gewesen wäre,
umzukehren, und daß es noch nicht einmal jetzt zu spät wa-
re. Jedoch der Gedanke an Rosario's Lächeln und das Bewußt-
sein, daß sie mit diesem Lächeln jählich der Vorlesung des
Doktor Esteban Perez zugehört hatte, machte ihn aufs neue
in Eifer und Jörn entflammen.

"Nun", sagte er bei sich selbst, wenn es denn sein soll,
müßte meine Rolle weitergespielt. Ueberdies, die Ehre der
Kirche, die Doktor Esteban Perez eben so sehr wie die meine
bedroht, erfordert es!"

Auf diese Weise überredete sich Don Juan-Maria de
Parlamento selbst, daß er schließlich noch ein gutes Wort

